

Prinzipien und Programme der französischen Gewerkschaften

Professor François Sellier, geboren 1918 in Saumur, lehrt Wirtschaftswissenschaften in Paris. Er ist Mitglied des Laboratoire d'Economie et Sociologie du Travail in Aix-en-Provence.

Die größten Veränderungen im Bereich der Programmatik gab es innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung seit Beginn der sechziger Jahre bei der ehemaligen christlichen Gewerkschaft, der *Confederation Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC)*. Im Jahre 1964 führte ein Wechsel innerhalb der Leitung dieser Gewerkschaft zugunsten einer sozialistisch orientierten Führungsgruppe zur *Confederation Française Démocratique du Travail (CFDT)*. Seither und insbesondere seit 1968 hob die CFDT, nach der CGT die mitgliederstärkste Gewerkschaft, auf ihren Gewerkschaftskongressen in klassenkämpferischem Ton die Bedeutung sozialistischer und antikapitalistischer Positionen hervor. Sie setzte sich dabei aber auch kritisch mit dem „demokratischen Zentralismus“ kommunistischer Prägung auseinander, dem die CGT eher zuneigt. Die heutige CFDT gründet ihr Programm und ihren spezifischen Charakter innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung auf der Idee der Selbstverwaltung („auto-gestion“).

In den beiden anderen Gewerkschaftsbündeln, der *Confederation Generale du Travail (CGT)* und der *Force Ouvriere (FO)*, sind demgegenüber weniger Veränderungen aufzufinden, zumindest nicht im Bereich der Programmatik. Man muß diese Einschränkung machen, denn die Ereignisse von 1968, die Ausweitung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes durch eine aktive Studentenschaft und generell das Nachwachsen einer starken jungen Generation (in Frankreich fand der „Ba-

** Aus dem Englischen übersetzt von Jürgen Hasenkamp.

byboom" zwischen 1946 und 1955 statt), haben insgesamt tiefgreifende Veränderungen in allen Institutionen, Gewerkschaften und Unternehmen eingeschlossen, mit sich gebracht, nicht zuletzt im Sinne eines Autoritätsverlustes der jeweiligen Führungspersönlichkeiten.

Wegen der besonderen Bindungen zwischen CGT und der Kommunistischen Partei muß hier an die offizielle Aufgabe des Prinzips der Diktatur des Proletariats durch die Partei erinnert werden. Im Zusammenhang mit der FO ist mehr als die Programmatik ein praktisch-politischer Vorfall erwähnenswert: ihre seit langem erstmalige Beteiligung an einem gemeinsamen Streik, dem am 24. Mai 1977 von CGT und CFDT ausgerufenen Generalstreik. Dies stellt einen bemerkenswerten politischen Vorgang dar.

Bei der Betrachtung der gewerkschaftlichen Grundsatzprogrammatik sollen insbesondere die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialismus, deren Haltung gegenüber Unternehmensverfassung und Wirtschaftspolitik untersucht werden, schließlich auch ihre Einstellung zu den Problemen der europäischen Integration. All diese Fragen werden gegenwärtig unter der Perspektive eines möglichen Wahlsieges von Sozialisten und Kommunisten im März 1978 diskutiert.

Gewerkschaften und Sozialismus

Lange vor der Wandlung der ehemaligen christlichen Gewerkschaft zur CFDT zeichnete sich bei den Gewerkschaftskongressen die Tendenz ab, sich neben den betrieblichen und sozialpolitischen Problemen auch den Aussichten der allgemeinen Wirtschaftspolitik zuzuwenden. Es tauchte der Begriff „demokratische Planifikation“ (*planification democratique*) auf, mit dem klargemacht werden sollte, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Gesamtheit der wirtschaftlichen Entscheidungen zu beeinflussen. Gleichzeitig wurde damit eine ausdrückliche Kritik des freien Spiels der wirtschaftlichen Marktkräfte vorgebracht. Dies geschah in einer Zeit, in der die gemäßigte „Planifikation“ noch ein gewisses Ansehen in Frankreich genoß und von vielen - mit Ausnahme der Kommunisten - als ein wesentliches Mittel wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Transparenz angesehen wurde, geeignet zur Korrektur der Systemlogik des Kapitalismus. Allerdings entschied sich die CFDT nach 1968, und zwar erstmals auf ihrem Kongreß 1970, „die kapitalistische und technokratische Gesellschaft durch eine sozialistische und demokratische Gesellschaft zu ersetzen“. Diese neue Gesellschaft sollte auf drei Prinzipien gegründet sein: die Selbstverwaltung, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktions- und Verteilungsmitteln, die demokratische Planung.

Nach dieser Entscheidung der CFDT für eine sozialistische Gesellschaft war die wichtigste Veränderung das Votum für eine klassenkämpferische Gewerkschaft und die Bestätigung der Existenz und Bedeutung des Klassenkampfes. Man näherte sich damit in der - strikt antikapitalistischen - Wortwahl der CGT. Hier wie dort spricht

man von einer Gewerkschaftsbewegung der Masse und Klasse. Hier wie dort spricht man von Klassenkampf und der Verdammung des Profits. Diese Annäherung der antikapitalistischen Grundeinstellung ging sehr bald einher mit der Bildung einer gewerkschaftlichen Allianz zwischen CGT und CFDT zur Herstellung der Aktions-einheit, um konkrete gemeinsame Forderungen besser durchsetzen zu können.

Diese Allianz blieb anfänglich schwach, insbesondere wegen der unterschiedlichen Taktik, und brach 1968 vollends auseinander. Sie wurde jedoch 1974 wiederhergestellt und hat seither bis zum heutigen Tage Bestand. Sie soll durch Abstimmung der Forderungen und Aktionen den größtmöglichen Erfolg in speziellen Punkten gewährleisten. Obgleich es die CFDT lange Zeit vorzog, die gemeinsamen Aktionen auf präzise Forderungskataloge zu beschränken, zögert sie heute nicht mehr, sich an den großen Demonstrationstagen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu beteiligen.

Dennoch bleibt jenseits der Gemeinsamkeiten des antikapitalistischen Sprachgebrauchs und der Einheit in konkreten Aktionen ein gewisser grundsätzlicher Widerspruch. Er entfaltet sich am deutlichsten in der Haltung gegenüber dem kapitalistischen bzw. dem sozialistischen Staat. Für die CFDT ist das Eintreten für das anti-kapitalistische und sozialistische Engagement stets verbunden mit der Betonung des Prinzips der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber Parteien und politischer Macht, selbst in einer „neuen sozialistischen und demokratischen Gesellschaft“. Sie unterstreicht dabei nicht nur, daß die Gewinnung der Macht nicht Sache der Gewerkschaften ist, sondern auch, daß selbst eine künftige sozialistische demokratische Regierung nicht automatisch mit Unterstützung rechnen kann. Hier wird eine Grundeinstellung der CFDT deutlich: Mißtrauen gegenüber der politischen Macht und dem Staat als solchem, eingeschlossen den sozialistischen Staat.

Auch die CGT bestätigt das Prinzip gewerkschaftlicher Unabhängigkeit, aber für sie ist der Staat, sobald dieser im Begriff ist, ein sozialistischer zu werden, ein Bündnispartner der Arbeiter, dem Unterstützung gebührt. Dagegen muß jeder kapitalistische Staat beständig bekämpft werden. Ein Beispiel dieser Opposition liefert die Einstellung zu den multinationalen Konzernen. Die CGT wirft der CFDT in der Diskussion über die Rolle der multinationalen Gesellschaften vor, diesen die gesamte Verantwortung für ihre wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zuzusprechen, während die CGT Wert auf die Feststellung legt, daß im Kapitalismus die staatlichen Interessen mit denen der multinationalen Unternehmen vollkommen identisch sind. Nach marxistischer Doktrin (die Kommunisten sagen: unter wissenschaftlichem Blickwinkel) ist der Staat in kapitalistischen Gesellschaften nichts anderes als ein Ausführungsorgan der Politik der Trusts.

Das Mißtrauen der CFDT gegenüber dem Staat, selbst sozialistischer Ausprägung, bringt aber auch Meinungsverschiedenheiten über die gewerkschaftliche Taktik in der Vorwahlperiode mit sich. Sie kritisiert nämlich auch jene Einstellung, die

beispielsweise Streiks zurückstellen will, um nicht durch sie Wahlchancen zu beeinträchtigen. Für die CGT dagegen ist es die Hauptsache, daß die vereinigten Linksparteien mit gewerkschaftlicher Unterstützung den Wahlsieg erringen und Stück für Stück den sozialistischen Staat aufbauen. Der CFDT geht es in der Zukunftsgesellschaft nicht allein um den sozialistischen Staat, sondern auch um eine Verlagerung der Macht auf die Arbeitenden in allen politischen und ökonomischen Organisationen; diese Macht geht nämlich aus freien Wahlen hervor und kann sich unter Umständen auch gegen die des Staates richten.

Die CGT hat kürzlich auf den Vorschlag der CFDT, die Macht auf die Beschäftigten in den politischen und wirtschaftlichen Instanzen der mittleren Ebene hin zu verlagern, reagiert, indem sie ihrerseits ein Projekt der demokratischen Umgestaltung der existierenden Organe in die Debatte einführte; insbesondere hinsichtlich des Wirtschafts- und Sozialrates, der Industriekommissionen des Planungskommissariats, der Aufsichtsräte der vergesellschafteten Unternehmungen sowie der Betriebskomitees. Diese Veränderungen würden voraussichtlich darauf hinauslaufen, der CGT einen starken Einfluß in diesen Organen zu verleihen. Der Wirtschafts- und Sozialrat ist gegenwärtig eine Versammlung von Repräsentanten der großen Berufs- sowie der wirtschaftlichen Interessengruppen (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Familienverbände usw.) sowie von Experten, die durch die Regierung ernannt werden. Die CGT schlägt eine Veränderung dieser Repräsentationsform vor. In dem neu zu bildenden Rat hätten die Gewerkschaften ein größeres Gewicht, und jeder Gewerkschaftsbund erhielte einen seiner Mitgliederzahl entsprechenden Anteil. Die Experten würden nicht mehr ausschließlich durch die Regierung ernannt, sondern zu einem gewissen Teil auch von den Berufsgruppenvertretungen. Regionale Wirtschafts- und Sozialkomitees sollten die Vorgaben des nationalen Rates umsetzen. Sie wären nach dem gleichen Muster zusammenzusetzen. Im Planungskommissariat sollten die sektoralen Kommissionen (nach Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen) nicht länger entsprechend einer Entscheidung der Exekutive, sondern nach Kriterien zusammengesetzt werden, die den Gewerkschaften und den demokratisch gewählten Organen eine Mehrheit gegenüber Arbeitgebern und der Regierung verleihen würden. Die gleichen Prinzipien sollten den Gewerkschaften und demnach der CGT das entscheidende Gewicht in den Betriebsvertretungen der vergesellschafteten Unternehmen verleihen. Bei den Betriebskomitees wäre nach diesen Vorstellungen die Zahl der Vertreter jeder Gewerkschaft entsprechend ihren jeweils erhaltenen Stimmen zu verteilen: Derzeit (entsprechend den Ergebnissen von 1974) gewährt der Wahlmodus im Durchschnitt nur 40 Prozent der Sitze für die Arbeiter und Angestellten der CGT, obgleich diese 50 Prozent der Stimmen erhielt. Vor allem in den größeren Unternehmen war ihr Stimmenanteil oft noch günstiger.

Mit diesen Vorschlägen soll ein Gegengewicht zu dem von der CFDT geprägten Schlagwort der „Demokratisierung“ gebildet werden, und zugleich sollen der CGT damit erhebliche Vorteile aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Mehrheitsposition in

der Arbeiterklasse zukommen. Diese Mehrheitsposition soll nicht nur auf Unternehmensebene, wo die Arbeitnehmervertreter von der Gesamtheit der Beschäftigten gewählt werden, sondern ebenfalls auf der Ebene des Wirtschafts- und Sozialrates und der staatlichen Planungskommission genutzt werden. Erstrebtes Ziel ist ein Machtzuwachs in diesen Organen im Rahmen von Vorstellungen, die an die deutschen Betriebsräte erinnern könnten. Z. B. soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß das Betriebskomitee jegliche Personalplanung verhindern kann, die gesetzlichen Bestimmungen bzw. vertraglichen Vereinbarungen zuwiderläuft, oder „wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben“ würde. Allgemein gesagt soll die wirtschaftliche Macht des Managements stärker kontrolliert werden.

Gewerkschaften, Wirtschafts- und Unternehmenspolitik

Alle französischen Gewerkschaften lehnen traditionell jede Beteiligung an wirtschaftlichen und sogar sozialen Entscheidungen des Unternehmens (z. B. bei der Auswahl von zu Entlassenden aus betrieblichen Gründen) ab. Es wurde jedoch schon darauf hingewiesen, daß es programmatische Aussagen gibt, die eine Stärkung der Rechte der Betriebskomitees ausdrücklich vorsehen. Dabei geht es der CGT ebenso wie der CFDT allerdings in erster Linie um ein Veto- bzw. Aufschubrecht bei beabsichtigten Kündigungen.

Daneben wird gelegentlich auch auf die Möglichkeit der Investitionskontrolle angespielt, aber immer unter dem Gesichtspunkt der regionalen Standortsteuerung oder ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Die CFDT beabsichtigt sogar, den Beschäftigten die Mitsprache bei der Auswahl der leitenden Angestellten zu ermöglichen, allerdings bei voller Wahrung z. B. des Streikrechts. Zusammenfassend gesagt, es handelt sich um negative Aussagen wie z. B. „Ablehnung der industriellen kapitalistischen Erneuerung“. Gleichwohl findet man auch eher positive, jedoch auch recht allgemeine Formulierungen wie etwa Schaffung eines „neuen Entwicklungstypus dank einer geplanten Wirtschaftspolitik, die sich an der Befriedigung der Bedürfnisse der Mehrheit orientiert“, die in ihrer Allgemeinheit naturgemäß keine gewerkschaftlichen Gegenstimmen auf den Plan rufen.

Eine abwehrende Haltung der Gewerkschaften ist also allgemein verbreitet. Selbst die FO, die in ihren politischen Prinzipien dem DGB am nächsten steht, lehnt die Idee der Mitbestimmung eindeutig ab. Die FO orientiert sich in ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung viel eher an der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Sie zieht das Mittel der kollektiven Verhandlung jeder anderen Durchsetzungsform vor. In Verhandlungen haben die Sozialparteien ihre unterschiedlichen Interessen nämlich ständig vor Augen, und Kompromisse werden nur auf dem Verhandlungswege erzielt.

Mitbestimmung im Aufsichtsrat würde - so die FO - die Integration der Gewerkschaft in die unternehmerische Politik nach sich ziehen: Es sei also unmöglich, mit der Unternehmensleitung zu verhandeln und sich gleichzeitig an den Entscheidungen in den Vorstandsorganen direkt zu beteiligen. Aus diesem Grund widersprach die FO auch dem in einem regierungsoffiziellen Bericht zur Reform der Unternehmensverfassung enthaltenen Vorschlag, die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat mit einer Stimme zu versehen, da, wie ein Kommentar der FO bemerkte, „die Wirtschaftsdemokratie nur das Ergebnis freier gewerkschaftlicher Aktion und ständigen gewerkschaftlichen Nachdrucks sein kann“. Die FO sträubt sich gegen das deutsche Modell der „Betriebsräte“ wegen deren Friedenspflicht und vielleicht auch noch wegen der Möglichkeit, daß bei den Betriebsratswahlen nichtgewerkschaftliche Listen aufgestellt werden können.

An dieser Stelle befenden sich in der aktuellen französischen Auseinandersetzung Gewerkschaften und Arbeitgeber, die das ausschließliche Recht der Gewerkschaften zur Vorlage von Wahllisten für die Arbeitnehmervertreter und insbesondere für das Betriebskomitee kritisieren¹. Obwohl die Rechte der französischen Betriebskomitees geringfügig sind (Information, Beratung, jedoch nie Mitentscheidung) - oder besser gesagt: wegen dieser Schwäche -, zieht die FO dieses Modell dem deutschen Beispiel vor, das keinen unmittelbaren gewerkschaftlichen Einfluß auf die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer vorsieht. Als einzige Verbesserung der gegenwärtigen Situation versucht die FO eine Verstärkung der Informationsrechte der Komitees gegenüber allen Unternehmensorganen; außerdem soll den Komitees gestattet sein, die Entscheidungen zu kontrollieren (damit soll z. B. das Recht der Unternehmensleitungen zu Entlassungen eingeschränkt werden).

Probleme der Praxis können - neben prinzipiellen Begründungen - die Haltung der FO am ehesten erklären. Da sie die kleinste der drei großen Gewerkschaften ist, räumt ihr eine auf Verhandlungen gegründete Politik zweifellos eine gewichtigere Rolle ein als eine Politik, die auf der Mitarbeit in repräsentativen Gremien aufbaut, in denen die CGT meist die Mehrheit innehat.

Ein weiteres Prinzip des gesellschaftspolitischen Programms der FO ist die Ablehnung jeder Verteilungspolitik, die als Eingriff des Staates - durch dessen wirtschaftliche Vorgaben - in das freie Spiel der Verhandlungen zwischen den Tarifparteien verstanden wird. Gleichwohl unterhält die FO eine Reihe von Kontakten mit der Regierung auch über wirtschaftliche und soziale Fragestellungen. Sie beteiligt sich ferner beharrlich an den Diskussionen der Planungskommissionen, widersetzt

¹ Nichtgewerkschaftliche Listen können erst beim zweiten Wahlgang eingereicht werden, falls eine bestimmte Stimmzahl im ersten Wahlgang nicht erreicht worden ist. Dies ist in den Großunternehmen praktisch nie der Fall. In den französischen „Betriebskomitees“ führt im übrigen, im Unterschied zu den westdeutschen Betriebsräten, der Unternehmer bzw. der Betriebsleiter den Vorsitz.

sich jedoch ausdrücklich dem Gedanken der Drittelparität („tripartisme“) darin. Auf diesem Gebiet wird ausschließlich die Kollektivverhandlung akzeptiert.

Das Programm der FO ist deshalb so ausführlich behandelt worden, weil man bei ihr am ehesten hätte Positionen vermuten können, die jenen der deutschen Gewerkschaften (z. B. hinsichtlich der Unternehmensreform) oder der europäischen Gewerkschaften insgesamt (etwa hinsichtlich der Einkommenspolitik) nahekommen. Das Gegenteil ist der Fall - man stößt auf eine Haltung, die deutlich kämpferische Lösungen kooperativen Formen vorzieht. Für die FO bedeuten Kollektivverhandlungen das einzige gewerkschaftspolitisch akzeptable Mittel - unter Ausschluß jeder staatlichen Einkommenspolitik. Wenn eine solche Ausschließlichkeit einer gewissen Rechtfertigung in normalen wirtschaftlichen Zeiten auch nicht entbehrt, da die Einkommen der abhängig Beschäftigten viel besser bekannt und eher kontrollierbar sind als die Einkommen der Selbständigen, so erscheint doch demgegenüber in einer Periode der verschärften Krise die Zurückweisung jeder Kombination zwischen staatlicher Einkommenspolitik und der Politik der kollektiven Vereinbarungen wenig realistisch. Hier ist anzumerken, daß die Regierung unter Ministerpräsident *Barre* in diesem Punkt einen äußerst rigiden Standpunkt einnimmt, was die Entscheidung der FO für eine Teilnahme am Generalstreik zusammen mit CGT und CFDT erklärt.

Trotz erheblicher programmatischer Unterschiede sind sich die drei großen französischen Gewerkschaften in den genannten Problembereichen sehr nahe. Alle lehnen das Prinzip der Mitbestimmung ab. Alle bekämpfen die Verteilungspolitik (wie z. B. den Preis- und Lohnstopp). Lediglich die Wortwahl unterscheidet sie. Spricht die FO von der „Integration in das Unternehmen“ (durch die Mitbestimmung) oder von kompromißlerischem Verhalten gegenüber dem Staat (durch eine konzertierte Aktion), so nennen CGT und CFDT dies „Klassenkollaboration“. Alle drei ziehen ein Betriebskomitee, in dem die Arbeitnehmervertreter nur eine beratende Rolle spielen, einem Betriebsrat vor, der über Mitbestimmungsrechte verfügt, aber der Friedenspflicht unterworfen ist. Eine Friedenspflicht für die Laufzeit der Tarifverhandlungen wird von der CGT und im allgemeinen auch von der CFDT verworfen; die FO, die sich hier eher an den amerikanischen Gewerkschaften orientiert, erkennt eine gewisse Selbstbindung der vertragschließenden Parteien an.

Europäische Probleme

Hier sehen sich die drei Gewerkschaften den stärksten Zwängen und den größten Problemen gegenüber; entwickelt sich Europa doch nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet fort. Die FO, die dem IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) angehört, hält an der großen Bedeutung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) fest, um die großen Prinzipien der Freiheit und der Unabhängigkeit zu bewahren, die die Gründerorganisationen, die ausschließlich aus dem IBFG kamen, bewegten, als sie sich für ein großartiges Werk zusammenge-

geschlossen haben: dem Aufbau der Europäischen Gemeinschaft (EG). Unter diesem Gesichtspunkt ist der Widerstand der FO gegenüber allen Versuchen der CGT, in diese internationale Organisation einzutreten, zu verstehen. Die FO betont die Notwendigkeit eines gewissen Souveränitätsverzichts der Mitgliederstaaten: Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation macht eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene geradezu notwendig. Die FO bedauert, daß der EGB-Kongreß im vergangenen Jahr nicht nachdrücklich auf einer Stärkung der EG bestanden hat. Sie wünscht aus diesem Grunde, daß die Gewerkschaften des Gemeinsamen Marktes Wege finden, ihre Europapolitik genauer zu definieren, was allerdings in einer zu lockeren Organisationsform nicht möglich sein wird.

Die CGT, die dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angehört, hat im Oktober 1975 entschieden, den Fragen Westeuropas in ihren internationalen Aktivitäten Vorrang einzuräumen. Ihre Bitte um Aufnahme in den EGB ist die wichtigste dieser Fragen. Die CGT ist, um die Aufnahme zu erleichtern, allerdings nicht bereit, ihre grundsätzliche Beurteilung der EG zu verändern, die sie als eine Organisation ansieht, die von kapitalistischen Interessen beherrscht ist, sowie als „ökonomischen Stützpunkt der multinationalen amerikanischen Konzerne" via BRD. Allerdings ist sie bereit, sich bei den Kontakten und in der Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Gewerkschaften an der spezifischen Situation jedes Landes zu orientieren und das jeweilige Bewußtsein der nationalen Arbeiterklasse zu berücksichtigen. So erkennt die CGT z. B., trotz aller Gegnerschaft gegenüber der Mitbestimmung - als einer Form der „Klassenkollaboration" - an: „Wenn die deutschen Arbeiter daraus ein Element des Kampfes gegen Unternehmer und Regierung und für eine Erweiterung der demokratischen Spielräume machen, muß man dieses Ziel dann nicht an seinem richtigen Stellenwert für sie selbst bemessen?" Läßt man die trennenden Fragen beiseite, so kommt es darauf an, auf internationaler Ebene eine Linie zu finden - ähnlich der, die die CGT im nationalen Rahmen als Aktionseinheit bezeichnet hat: die gewerkschaftlichen Kräfte zu vereinen, um Ansprüche durchzusetzen, ohne an den jeweiligen Grundüberzeugungen zu rütteln. So trägt man gemeinsam z. B. den Kampf um alle Formen von Arbeitszeitverkürzung. Andererseits wird gemeinsam alles zurückgewiesen, was den Arbeitnehmern Opfer abverlangt für eine Politik der Rettung des Kapitalismus (Verteilungspolitik, konzertierte Aktion).

Diese umfassende Kooperation wird dadurch erleichtert, daß die wirtschaftliche Krise die Hauptaufgaben vorschreibt. Die CGT unterstreicht die Tatsache, daß die im EGB vereinigten Gewerkschaften ähnliche Forderungen stellen und zu vergleichbaren Analysen wie sie selbst gelangen. Ebenso gibt es eine Annäherung gegenüber dem europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit, der Altersgrenze, der Investitionskontrolle und der Freiheit der Kollektivverhandlungen. Beim zweiten Kongreß der europäischen Gewerkschaftsbünde im Jahr 1976, der die meisten europäischen Gewerkschaften (mit Ausnahme der FO sowie der LO Dänemarks) vereinigte, schlug die CGT die Ein-

richtung ständiger Arbeitsausschüsse auf europäischer Ebene zu Fragen der Arbeitsbedingungen vor. Für die CGT ist es die „hauptsächliche Frage zu wissen, ob die europäische Gewerkschaftsbewegung die sich stellenden Probleme durch die notwendigen Aktivitäten einer Klassenpolitik zu lösen bereit ist“. Die Krise, „die der Gemeinsame Markt nicht zu verhindern verstand“, schuf ein günstiges Klima für derartige Zielsetzungen.

Im Gegensatz zum „Europa der Integration“, wie es die EG anstrebt, und insbesondere zur Wahl des neuen Europäischen Parlaments, wünscht sich die CGT ein Europa der „Kooperation“, nicht nur zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern, sondern auch zwischen den verschiedenen Staaten Westeuropas². Es tut sich hier ein deutlicher Widerspruch auf zwischen den Perspektiven der FO, die einen engeren und strafferen gewerkschaftlichen Zusammenschluß als den EGB, und zwar auf EWG-Mitgliedstaaten beschränkt, wünscht, und den Vorstellungen der CGT, die im Gegenteil einen breiten gewerkschaftlichen Zusammenschluß formieren und so mittels des EGB die EG in Frage stellen will, allerdings mit der positiven Zielsetzung des Aufbaus eines gemeinsamen Europa. Die CGT strebt an, daß der WGB „stärker und gezielter westeuropäische Probleme aufgreift“ und eine besondere Strategie für westeuropäische Länder entwickelt, über die sich die CGT mit der italienischen CGIL einig ist. Man kann also einen wichtigen Wandel in den langfristigen gewerkschaftspolitischen Prinzipien feststellen, selbst wenn man darin nur eine Anpassung an veränderte Bedingungen erblickt. Auch die CGT kann nicht länger auf eine europäische Ausrichtung verzichten. Man kann diese Entwicklung natürlich nicht losgelöst sehen von den politischen Entwicklungen in Frankreich und Italien und den Möglichkeiten einer Beteiligung der kommunistischen Parteien an Linksregierungen zusammen mit sozialistischen Parteien, die ein gemeinsames Europa aufbauen wollen. In dieser Lage kann man nicht länger entschieden gegen Europa sein. Das Schlagwort vom „Europa der Kooperation“ läßt allerdings viel Diskussionsspielraum offen.

Die CFDT, die, obwohl sie die Bezeichnung „christlich“ 1964 abgelegt hat, immer noch dem Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) angehört, ist auf europäischer Ebene Mitglied des EGB. Im Widerspruch zu den liberalen Marktprinzipien, welche die Verträge von Rom und Paris kennzeichnen, sieht sie in der EG das Europa des Kommerz und nicht das der Arbeiter. Hier ist sie der Position der CGT relativ nahe. Dagegen zögert sie sehr viel mehr, sich für eine alternative europäische Struktur zu entscheiden. Der Bericht zum Thema bei ihrem letzten Kongreß im Mai 1976 beschränkt sich auf die Erklärung, daß man bezüglich der Zukunft Europas noch weitere Überlegungen anstellen müsse. Dementsprechend hat die CFDT kürzlich eine genauere und gegenüber dem WVA kritische Einschätzung vorgelegt. Diese internationale Organisation sei unfähig, so die CFDT, einen wie auch immer

² In einer Botschaft an den Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften schlug der Generalsekretär der CGT sogar einen Zusammenschluß der west- und der osteuropäischen Gewerkschaften vor.

gearteten Einfluß auf die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter auf internationaler Ebene auszuüben, speziell auch im Hinblick auf die multinationalen Konzerne. Die CFDT schlägt vor, daß die Gliederungen des WVA sich „um eine Politik der Einheit bemühen“ und sich den internationalen Berufssekretariaten (Internationale Föderation der Chemiarbeiter, der Metallarbeiter usw.) anschließen. Darüber hinaus möchte die CFDT zusammen mit dem EGB eine mögliche Koordination der gewerkschaftlichen Aktivitäten im europäischen Maßstab untersuchen, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungspolitik. Ihr Ziel ist dabei der Aufbau einer neuen kontinentalen gewerkschaftlichen Organisation, der die CISL, der WVA und andere Organisationen angehören sollen. Folglich hat die CFDT, für die der Kampf gegen die multinationalen Gesellschaften einen wichtigen Gesichtspunkt darstellt, in der Praxis eine Haltung eingenommen, die derjenigen der CGT nahekommt. Dennoch äußerte sie sich nicht eindeutig zum Europäischen Parlament, da sie der Auffassung ist, daß der Kampf der Gewerkschaften nichts von einem zukünftigen europäischen Staat - ebensowenig wie von jeder anderen nationalen wie internationalen staatlichen Formation - zu erwarten habe. Trotz dieser unterschiedlichen Perspektiven bei CGT und CFDT hat die krisenhafte Entwicklung ihre praktischen Zielsetzungen angenähert.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Prinzipien und Programme der französischen Gewerkschaften, insbesondere der CGT (sie zeigt sich für die Kooperation mit anderen politischen Grundrichtungen am offensten) und der CFDT (sie hat sich durch die ökonomische Krise und die Arbeitslosigkeit radikalisiert), hängt zusammen mit der allgemeinen Entwicklung des europäischen Kommunismus und der Aussicht einer zukünftigen gemeinsamen Regierungsarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten in Frankreich.

Für die CGT würde ein Wahlsieg die unmittelbare Anwendung des 1972 von den Linksparteien verabschiedeten Regierungsprogramms mit sich bringen. Dieses Programm sieht zahlreiche Reformen vor, aber in erster Linie eine große Zahl von Vergesellschaftungen (Stahlindustrie, Chemie, Pharmaindustrie)³. Für die CGT ist die Anwendung des gemeinsamen Programms sowie die gewerkschaftliche Unterstützung einer Regierung, die sich dafür einsetzen würde, von ausschlaggebender Bedeutung. Die CFDT ihrerseits möchte ihre Freiheit auf jeden Fall bewahren. Das gemeinsame Regierungsprogramm stellt sie hinsichtlich der Dezentralisation der ökonomischen und politischen Macht, d. h. der Selbstverwaltung, überhaupt nicht zufrieden. Ihr „genügt es keineswegs, die Minister und die Generaldirektoren der Gesellschaften auszutauschen, um den Sozialismus herbeizuführen“.

³ Die CFDT versteht, ähnlich wie die Sozialistische Partei, unter „Nationalisierung“ eine Kapitalbeteiligung und damit Kontrolle des Staates, jedoch keineswegs eine Entfernung der Vorstände. Die CGT strebt dagegen mit der Kommunistischen Partei Enteignungen und den vollständigen Austausch der Direktionsorgane in den Unternehmen an.

Man kann allerdings davon ausgehen, daß sowohl die beiden Gewerkschaften als auch die ihnen nahestehenden Parteien, d. h. die Kommunistische und die Sozialistische Partei, auch zukünftig Mittel und Wege für eine wirksame gegenseitige Abstimmung finden werden, so daß die Allianz fortgesetzt werden kann. Anderenfalls würde es zu einem Bruch kommen, und es würde sich möglicherweise eine neue Konstellation der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit herausbilden.

Können auch die Probleme Europas und der Außenpolitik gewerkschaftliche Zusammenarbeit gefährden? Es ist deutlich geworden, daß auch auf diesem Gebiet die Grundeinstellungen und Absichtserklärungen sich angenähert haben. Gleichwohl bleiben die latenten Zielkonflikte bestehen. Sie hängen mit dem Problem des „Eurokommunismus“ sowie der Glaubwürdigkeit des „historischen Kompromisses“ für die Partner der kommunistischen Parteien zusammen. Diese Debatte verweist also auf die Innenpolitik zurück. Für die CGT bedeutet der gewerkschaftliche Pluralismus eine Tatsache, wenn auch eine für die Arbeiterklasse ärgerliche Tatsache. Aufrufe zur gewerkschaftlichen Einheit sind daher bereits ergangen. Diese würde die weniger starken Gewerkschaften unausweichlich die Existenz kosten. Deshalb hat sie derzeit keine Aussichten. Die Konkurrenzsituation wird also fortbestehen.*

* Aus dem Französischen übersetzt von Heribert Kohl.